Deutscher Bundestag **Drucksache 14/9646**
14. Wahlperiode 28. 06. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Christine Ostrowski, Dr. Klaus Grehn, Uwe Hiksch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/7992 –

Änderung des Straßenverkehrsgesetzes

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag mit dem Ziel eingebracht, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung beauftragen soll, den Passus des Straßenverkehrsgesetzes, der die Gebührenregelung für das Parken von Kraftfahrzeugen auf öffentlichen Wegen und Plätzen je angefangene halbe Stunde enthält, in der Weise zu novellieren, dass die Gemeinden entscheiden können, dass im ersten Entrichtungszeitraum von der Gebührenpflicht abgesehen werden kann.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen eine Stimme und eine Stimmenthaltung aus der Fraktion der PDS

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 14/7992 – abzulehnen.

Berlin, den 26. Juni 2002

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald	**Rita Streb-Hesse**
Vorsitzender	Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Rita Streb-Hesse

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 14/7992 in seiner 212. Sitzung am 24. Januar 2002 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur Beratung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag hat zum Ziel, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung beauftragt, den Passus des Straßenverkehrsgesetzes, der die Gebührenregelung für das Parken von Kraftfahrzeugen auf öffentlichen Wegen und Plätzen je angefangene halbe Stunde enthält, in der Weise zu novellieren, dass die Gemeinden entscheiden können, dass im ersten Entrichtungszeitraum von der Gebührenpflicht abgesehen werden kann.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat den Antrag auf Drucksache 14/7992 in seiner 88. Sitzung am 26. Juni 2002 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen eine Stimme aus der Fraktion der PDS bei einer Stimmenthaltung aus der Fraktion der PDS, den Antrag abzulehnen.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen habe mitgeteilt, dass seit Ende 2001 eine Untersuchung über die Bundesanstalt für Straßenwesen stattfinde, die alternative Methoden zur Überwachung der Parkdauer sowie zur Zahlung der Parkgebühren prüfen solle. Das Ergebnis solle Ende 2003 vorliegen. Sie schlage deshalb vor, das Ergebnis dieser Untersuchung abzuwarten, dann über die Frage der Änderung der Vorschrift zu entscheiden und den Antrag der Fraktion der PDS abzulehnen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** schloss sich den Ausführungen der Fraktion der SPD an.

Die **Fraktion der PDS** führte aus, es gehe um die Beseitigung einer absurden Überregulierung, die darin bestehe, dass bundeseinheitlich geregelt werde, dass Kommunen im Erstparkzeitraum Gebühren verlangen müssten. Im Interesse der kommunalen Selbstverwaltung solle man die Entscheidung den Kommunen überlassen. Eine entsprechende Initiative sei auch von vielen Ländern ergriffen worden, habe sich aber im Bundesrat nicht durchsetzen können.

Berlin, den 26. Juni 2002

Rita Streb-Hesse
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333